



Deutsche Umwelthilfe e.V. | Hackescher Markt 4 | 10178 Berlin

An die Ministerpräsidenten der Bundesländer

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE
BERLIN

Hackescher Markt 4
Eingang: Neue Promenade 3
10178 Berlin

Sascha Müller-Kraenner
Tel. +49 30 2400867-15
Fax +49 30 2400867-19
mueller-kraenner@duh.de
www.duh.de

13. Mai 2019

Verordnung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Aufbau der LNG-Infrastruktur in Deutschland

Sehr geehrte Damen und Herren,

voraussichtlich am 7. Juni 2019 wird im Bundesrat über die „Verordnung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Aufbau der LNG-Infrastruktur in Deutschland“ abgestimmt. Zuvor wird sie im Umweltausschuss des Bundesrats am 23. Mai 2019 besprochen. Wir rufen Sie dazu auf, dieser Verordnung nicht zuzustimmen.

Die Bundesregierung möchte mit der Verordnung Bau und Betrieb von Anschlussleitungen für geplante LNG-Terminals in Brunsbüttel, Wilhelmshaven und Stade von den Gas-Kunden - anstatt von den Betreibern der Anlagen - finanzieren lassen. Erst dann, so die Begründung, würden LNG-Terminals für die Investoren wirtschaftlich attraktiv. Die dann von den Gas-Kunden zu tragenden Investitionskosten belaufen sich auf mehr als 130 Millionen Euro. Hinzu kommen jährliche Betriebskosten von etwa 2 Millionen Euro. Dies lehnen wir ab: Die Verbraucher sollen nicht zur Kasse gebeten werden, um fossile Technologien für Investoren attraktiver zu machen.

Die Deutsche Umwelthilfe lehnt den Bau der LNG-Terminals ab. Die Terminals sollen vorrangig für den Import von US-amerikanischem Fracking-Gas genutzt werden. Dies haben sowohl Äußerungen von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier als auch vom amerikanischen Energieminister Rick Perry deutlich gemacht. Dabei ist unkonventionelles Fracking nicht nur mit einer erheblichen Umweltverschmutzung am Ort der Förderung verbunden, die Nutzung von Fracking-Gas ist auch aus Klimaschutzgründen ein Auslaufmodell. Nach Auffassung des Bundesumweltministeriums ist aus Fracking gewonnenes Gas, das als LNG nach Deutschland transportiert wird, ebenso klimaschädlich wie Kohle. Schmutziges Gas statt schmutziger Kohle – das kann keine Formel für den Klimaschutz sein.

Die Verschiebung des ursprünglich früher angesetzten Abstimmungstermins erfolgte auf Initiative einiger Bundesländer. Den Anstoß gaben die auch von uns angesprochenen Klima- und Verbrau-

cherschutzfragen. Auch die junge Generation wehrt sich gegen das Festhalten an fossilen Energieträgern, deren Messen längst gesungen sind. SchülerInnen von Fridays for Future haben gemeinsam mit der Deutschen Umwelthilfe die Petition [#NoFracking: Keine neuen Terminals für Klimakiller-Gas!](#) initiiert, die bisher fast 50.000 Menschen unterschrieben haben.

Politik muss zukunftsorientiert und nachhaltig sein. Fossiles Gas hat hier keinen Platz, erst recht kein Fracking-Gas. Stellen Sie sich an die Seite der künftigen Generationen und lehnen Sie die Verordnung ab! Lassen Sie nicht zu, dass eine weitere klimaschädliche Infrastruktur aufgebaut wird! Setzen Sie sich für den weiteren Ausbau Erneuerbarer Energien ein!

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Sascha Müller-Kraenner
Bundesgeschäftsführer